

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 26. Februar 1975

am Donnerstag, dem 27. Februar 1975

	Seite
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . . .	19, 24 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	20, 24 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	15, 24 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	16, 26 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	2, 26 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	4, 27 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	6, 28 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	6, 28 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	9, 29 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	10, 29 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen	12, 30 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	17, 34 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen	18, 35 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	2, 35 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	2, 36 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammen- arbeit	19

*) Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

1. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) In welchem Umfange hat das Bundesministerium für Forschung und Technologie Maßnahmen ergriffen zur stärkeren Förderung der geothermischen Energie, und wie beurteilt das Ministerium insbesondere die Nutzung der geothermischen Energie in der Pfalz zur Wärmeversorgung der Stadt Landau?
2. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Ist der Bundesminister für Forschung und Technologie bereit, darauf hinzuwirken, daß das Kernforschungszentrum Karlsruhe eine Außenstelle für die Erforschung geothermischer Energie in Landau in der Pfalz errichtet, und in welchem Umfange können die Kosten für eine Durchführbarkeitsstudie über die Wärmeversorgung der Stadt Landau durch den Bundesminister für Forschung und Technologie übernommen werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

3. Abgeordnete
**Frau
Meermann**
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß Studenten auch dann bis zu sechs Monaten auf ihre Ausbildungsförderung warten müssen, wenn sie ihre Antragsunterlagen von vornherein vollständig eingereicht haben und der Antrag positiv beschieden werden kann?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

4. Abgeordneter
Ey
(CDU/CSU) Treffen Pressemeldungen zu, wonach die Anzeigenaktion der Bundesregierung zur Steuerreform inhaltlich zum Teil falsche Angaben enthält und, falls dies zutrifft, was gedenkt die Bundesregierung zur wahrheitsgemäßen Aufklärung zu tun (FAZ 14. Februar 1975)?
5. Abgeordneter
**Schröder
(Lüneburg)**
(CDU/CSU) Wie hoch war der Schuldenstand des Bundes am 31. Dezember 1969 und am 31. Dezember 1974, und welcher Schuldenstand wird sich auf Grund der vorgesehenen Netto-Kreditaufnahme von 22,3 Milliarden DM im Jahr 1975 und der im Finanzplan vorgesehenen Netto-Kreditaufnahmen für 1976, 1977 und 1978 jeweils zum Jahresende ergeben?

6. Abgeordneter
Dr. Stavenhagen
(CDU/CSU) Wie viele Rechnungen von Bonner Hotels, Restaurants und sonstigen Einrichtungen des Gaststättengewerbes sind bei den Bundesministerien per 15. Januar 1975 noch offen gewesen, und trifft es zu, daß vor allem Rechnungen über Bewirtungsspesen von Bundesministern monatelang nicht bezahlt wurden?
7. Abgeordneter
Dr. Götz
(CDU/CSU) Hält es die Bundesregierung für vertretbar, daß nach dem Einkommensteuergesetz 1975 ein geschiedener Vater für ein bei der Mutter lebendes schwer behindertes Kind für seine weit über der Norm liegenden Unterhaltspflichten für das behinderte Kind keine Pauschbeträge für Körperbehinderte nach § 33 b des Einkommensteuergesetzes geltend machen kann, da dieser Pauschbetrag nach § 33 b Abs. 5 in Verbindung mit § 32 Abs. 4 nur auf ein Elternteil beschränkt ist, bei dem das Kind lebt?
8. Abgeordneter
Dr. Götz
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, geeignete gesetzgeberische Maßnahmen einzuleiten, um unververtretbare Härten, die durch die Vereinheitlichung des Familienlastenausgleichs und die Neuordnung des Einkommensteuerrechts entstanden sind, zu bereinigen, und vorab möglichst schnell eine bundeseinheitliche Anwendung des § 33 des Einkommensteuergesetzes dahin gehend herbeizuführen, daß über der Norm liegende Aufwendungen für Kinder nach großzügigen Maßstäben als außergewöhnliche Belastungen geltend gemacht werden können?
9. Abgeordneter
Müller
(Berlin)
(CDU/CSU) Ist sich die Bundesregierung darüber im klaren, daß sie mit der Erklärung ihres Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesfinanzministerium, Haehser, auf einer SPD-Wahlversammlung: „Für 312 Tage erhält der Arbeitslose 68 Prozent seines Nettoverdienstes. Hinzu kommt, daß er bis zu 20 Stunden in der Woche zu seinem Arbeitslosengeld hinzuverdienen darf. Möglicherweise ist diese hohe soziale Absicherung der Arbeitslosen eine Erklärung für die Höhe ihrer Zahl“ zum Mißbrauch unserer sozialen Absicherung zu Lasten der versicherungspflichtigen Arbeitnehmer und ihrer Arbeitgeber aufgefordert?
10. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit einzuräumen, daß, wie die jüngsten Konjunkturzahlen zeigen, die Investitionstätigkeit im Zonenrandgebiet wegen erheblich verschlechterter Ertragslage sehr viel geringer ist als im übrigen Bundesgebiet und damit wegen des gleichen Bedürfnisses wie in Berlin, nämlich daß die Investitionstätigkeit nicht beeinträchtigt werden dürfe, auch die gleichen steuerlichen Regelungen für das Zonenrandgebiet gelten sollten, wie sie nach dem neuen Einkommensteuereformgesetz für Berlin eingeführt wurden?

11. Abgeordneter
Höcherl
(CDU/CSU) Warum hat das Bundesfinanzministerium für die Bundesanstalt für Arbeit drei Milliarden Liquiditätshilfe für die ersten drei Monate des Jahrs 1975 verlangt, während das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung drei Milliarden für das ganze Jahr 1975 für ausreichend hält?
12. Abgeordneter
Höcherl
(CDU/CSU) Glaubt die Bundesregierung, daß die von der Deutschen Bundesbank angekündigte Begrenzung des Zuwachses der Geldmenge für 1975 auf 8% eingehalten werden kann?
13. Abgeordneter
Dr. Franz
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, die Begrenzung der nach § 7 b EStG anzuerkennenden Herstellungskosten für Einfamilienhäuser von 150 000 DM und für Zweifamilienhäuser von 200 000 DM auf die Höhe anzuheben, die bei den gestiegenen Baukosten als tatsächliche Herstellungskosten anzunehmen ist?
14. Abgeordneter
Dr. Franz
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung in der Anhebung der Herstellungshöchstgrenzen mit mir einen wirksamen Beitrag zur Belebung der Baukonjunktur, der Reduzierung der Arbeitslosigkeit auf diesem Sektor und nicht zuletzt zur Förderung der Vermögensbildung, die für den Arbeitnehmer wirksam praktisch nur in Form des Hausbaues erfolgt?
15. Abgeordneter
Rapp
(Göppingen)
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß in den Finanzämtern seit eh und je notorisch Mangel an Ausfertigungen von Gesetzestexten, Tabellen u. ä. herrscht, weshalb es vielerorts schon als normal gilt, daß sich der Sachbearbeiter diese für sie wichtigsten Arbeitsmittel selbst kaufen bzw. sich der Steuerbroschüren der Kreditinstitute oder anderer privater Veröffentlichungen bedienen müssen?
16. Abgeordneter
Rapp
(Göppingen)
(SPD) Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, von sich aus auf eine bessere Ausstattung der Finanzämter mit Arbeitsmitteln hinzuwirken?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

17. Abgeordneter
Meinike
(Oberhausen)
(SPD) In welcher Weise hat die Bundesregierung dem Ersuchen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen in Absatz 5 seiner Entschließung 333 betreffend Südrhodesien vom 22. Mai 1973 (veröffentlicht im Bundesanzeiger vom 4. Oktober 1973): der Sicherheitsrat „ersucht die Staaten, falls sie mit Südafrika oder Portugal Handel treiben, dafür zu sorgen, daß in Kaufverträgen mit diesen Ländern ein eindeutiges und rechtlich durchsetzbares Verbot des Handels mit Waren südrhodesischen Ursprungs

- enthalten sein sollte; ebenso sollten Verkaufsverträge mit diesen Ländern ein Verbot des Wiederverkaufs oder der Wiederausfuhr von Waren nach Südrhodesien enthalten", — insbesondere in bezug auf Südafrika — entsprechen, und wie erklärt die Bundesregierung die Tatsache, daß deutsche Markenartikel in Südrhodesien gehandelt werden?
18. Abgeordneter
Reiser
(SPD) Welche deutschen Firmen sind seit 1968, wegen welcher Verstöße gegen die Südrhodesien-Sanktionen und die entsprechenden Vorschriften des Außenwirtschaftsrechts mit welchem Strafmaß belegt worden?
19. Abgeordnete
Frau von Bothmer
(SPD) Hat der Interministerielle Südrhodesien-Ausschuß, den die Bundesregierung im August 1974 eingesetzt hat und dessen Hauptaufgabe es ist, die außenwirtschaftsrechtlichen Vorschriften zur Durchführung der Sanktionen gegen Süd-Rhodesien (Zimbabwe) ständig auf ihre Effektivität hin zu prüfen, inzwischen mit der Arbeit begonnen, und ist ihm das umfangreiche Material, das in den verschiedenen Ministerien gelagert ist, zur Durchsicht überantwortet worden?
20. Abgeordneter
Lambinus
(SPD) In welcher Weise und mit welchem Ergebnis hat der Interministerielle Südrhodesien-Ausschuß Hinweise auf Verstöße deutscher Firmen gegen die Südrhodesien-Sanktionen, — insbesondere die im April 1974 bekannt gewordene Beteiligung der Neunkirchner Eisenwerke und der Klöckner Stahlwerke am Ausbau der „Rhodesian Iron and Steel Company“ (RISCO), durch geheime Handelsverträge, die die Abnahme rhodesischen Stahls sicherstellen sollen — aufgeklärt?
21. Abgeordneter
Lambinus
(SPD) Zu welchem Ergebnis hat bisher die ständige Überprüfung der außenwirtschaftsrechtlichen Vorschriften zur Durchführung der Sanktionen gegen Südrhodesien auf ihre Effektivität hin, die in den Tagesnachrichten des Bundesministers für Wirtschaft vom 6. August 1974 als Hauptaufgabe des Interministeriellen Südrhodesien-Ausschusses genannt ist, geführt?
22. Abgeordneter
Büchner
(Speyer)
(SPD) Welche Bundesländer haben durch eigene Konjunkturprogramme die Bemühungen des Bundestages und der Bundesregierung zur Behebung der Wirtschaft unterstützt, und wie wirken sich diese zusätzlichen Maßnahmen auf das Konjunkturprogramm der Bundesregierung und dessen Zielsetzungen aus?
23. Abgeordneter
Büchner
(Speyer)
(SPD) Welche eigenen Maßnahmen haben Länder nach Kenntnis der Bundesregierung ergriffen, um besonders hohe Arbeitslosigkeit in strukturschwachen Gebieten zu bekämpfen, und welche Wirkungen sind durch solches landespolitische Handeln erzielt worden?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

24. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) In welcher Höhe wirkt sich nach Meinung der Bundesregierung die in Brüssel beschlossene Anhebung des Stützungs-niveaus für Agrarpreise auf das Einkommen der Landwirtschaft, die Verbraucherpreise und die Lebenshaltungskosten in der Bundesrepublik Deutschland aus?
25. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) In welcher Weise verändert sich nach Meinung der Bundesregierung der Grenzausgleich bei den verschiedenen Agrarprodukten, wenn das Agrarpreisstützungs-niveau in den Ländern der Europäischen Gemeinschaften unterschiedlich festgelegt wird bei Beibehaltung der Basis Rechnungseinheit bzw. bei der Wahl einer anderen Bezugsgröße?
26. Abgeordneter
Horstmeier
(CDU/CSU) Wie hoch waren die Gesamtaufwendungen für die Landabgabereute und der Anteil aus dem EG-Fonds im Jahr 1974?
27. Abgeordneter
Horstmeier
(CDU/CSU) Wieviel Verwaltungsmehraufwand ist für die Landabgabereutengewährung durch die EG-Richtlinie für diese Maßnahme entstanden?
28. Abgeordneter
Dr. Früh
(CDU/CSU) Nach der Zusicherung des französischen Landwirtschaftsministeriums, an jeden Landwirt in Kürze eine Vorschußzahlung in Höhe von 1200 französischen Francs als erste Rate eine „Sozialprämie“ zu entrichten, der eine zweite Zahlung im Laufe des Sommers folgen soll, frage ich die Bundesregierung, ob sich diese Einkommensübertragung mit den soeben durch den Ministerrat gefaßten Beschlüssen zur gemeinsamen Agrarpolitik vereinbaren läßt?
29. Abgeordneter
Dr. Früh
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung die voraussichtliche Gesamthöhe der nationalen Beihilfen für die französische Landwirtschaft, d. h. die angesprochene „Sozialhilfe“, die bereits beschlossene Kuhprämie und eventuelle weitere vorgesehene Maßnahmen abschätzen, und welche Folgerungen zieht sie daraus für die angestrebte Harmonisierung der Wettbewerbsverhältnisse im gemeinsamen Agrarmarkt?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Arbeit und Sozialordnung**

30. Abgeordneter
Reuschenbach
(SPD) Trifft es zu, daß ausländischen Arbeitnehmern im Gegensatz zu deutschen Staatsangehörigen das Kindergeld nicht auf angegebene Gehaltskonten, sondern nur durch Postboten ausbezahlt wird?

31. Abgeordneter
Reuschenbach
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, diese Regelung, falls die obengenannte Annahme zutrifft, im Zusammenwirken mit der Bundesanstalt für Arbeit dahin gehend zu überprüfen, auch ausländischen Arbeitnehmern die Überweisung des Kindergelds auf ein Konto zu ermöglichen?
32. Abgeordneter
Dr. Weber
(Köln)
(SPD)
- Stimmt die Bundesregierung mit mir darin überein, daß die lange Prozeßdauer bei den Arbeitsgerichten nicht mehr mit dem Grundgedanken des Arbeitnehmerschutzrechts übereinstimmt, insbesondere in Kündigungsschutzverfahren im Ergebnis und seinen wirtschaftlichen Folgen einer Rechtsverweigerung gleichkommt und damit verfassungswidrig ist?
33. Abgeordneter
Dr. Weber
(Köln)
(SPD)
- Wird die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit den Ländern durch stärkere Richter- und Personalbesetzung und bessere Sachausstattung den außergewöhnlich starken Prozeßzugängen bei den Arbeitsgerichten Rechnung tragen?
34. Abgeordneter
Dr. Freiherr Spies von Büllenheim
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß Unternehmer, die zum Jahresende ihren Arbeitnehmerstamm drastisch reduzierten, nunmehr über den Lohnkostenzuschuß in der Lage sind, Billigangebote abzugeben und dadurch die Auftragslage und die Arbeitsplätze in solchen Betrieben gefährden, die versucht haben, ihren Mitarbeiterstamm zu halten?
35. Abgeordneter
Dr. Freiherr Spies von Büllenheim
(CDU/CSU)
- Welche Vorsorge hat die Bundesregierung gegen diese unerwünschte Gefährdung von Arbeitsplätzen durch Lohnkostenzuschüsse getroffen, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um diese Fehlentwicklung zu beenden?
36. Abgeordnete
Frau Benedix
(CDU/CSU)
- Welche Mittel wird die Bundesregierung für die Förderung von Maßnahmen zum Ausbau der Jugendarbeitslosigkeit zur Verfügung stellen?
37. Abgeordnete
Frau Benedix
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen des Programms zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit finanzielle Hilfen für die Erweiterung der Berufsförderungs- und der Berufsvorbereitungslehrgänge der freien Träger zu gewähren?
38. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Schienenstrecken der nicht bundeseigenen Eisenbahnen (NE) fast durchweg zum Nahverkehr zu rechnen sind, und daß es unverständlich erscheint, wenn Schwerbehinderte nach dem „Entwurf eines Gesetzes über unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter im öffentlichen Personenverkehr“ (UnBefG) im Omnibusverkehr der NE unentgeltlich befördert

- würden, in den Schienenfahrzeugen der NE aber bezahlen müssen, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, in den Entwurf des UnBefG eine entsprechende Formulierung einzufügen?
39. Abgeordneter
Ziegler
(CDU/CSU)
- Wie nimmt die Bundesregierung zu der Behauptung des Instituts der deutschen Wirtschaft Stellung, die Schätzungen der Bundesregierung über die mittel- und langfristige Finanzentwicklung der Rentenversicherung seien methodisch und inhaltlich verbesserungsbedürftig, und zu welchen Korrekturen sieht sich die Bundesregierung im einzelnen veranlaßt?
40. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU)
- Trifft die Meldung der „Welt“ vom 7. Februar 1975 zu, die Arbeitsverwaltung habe im Oktober 1973, als sich erste Anzeichen der heutigen Arbeitslosigkeit bemerkbar machten, den Vorschlag, rechtzeitig sich mit genügend eingearbeiteten zusätzlichen Bediensteten für die kommenden Aufgaben zu wappnen, mit dem Hinweis abgelehnt, dann merkten alle, daß es bergab gehe, und wie ist die Bundesregierung — bejahendenfalls — ihrer Aufsichtspflicht nachgekommen?
41. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU)
- Wieviel Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit gingen am Bedarf vorbei, und wie wird sichergestellt, daß solche Maßnahmen auf Fälle beschränkt werden, in denen durch sie Arbeitslosigkeit verhindert und eine Vermittlung gewährleistet wird?
42. Abgeordneter
Graf Stauffenberg
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen des von ihr eingebrachten Entwurfs eines Mitbestimmungsgesetzes auf die Bemühungen, das Gesellschaftsrecht in der Europäischen Gemeinschaft zu vereinheitlichen, im Hinblick auf die Auffassungen, die die französische Regierung im Zusammenhang mit dem Bericht der Kommission Sudreau zur Reform der Unternehmensverfassung vertreten hat?
43. Abgeordneter
Dr. Probst
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung in der Einbeziehung von Ausbildungsplätzen bei der Berechnung von Pflichtarbeitsplätzen für Schwerbehinderte nach dem Schwerbehindertengesetz eine zusätzliche Belastung der ausbildenden Betriebe, und steht diese Bestimmung im Einklang mit dem Bemühen, die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe zu steigern?
44. Abgeordneter
Maucher
(CDU/CSU)
- Sind die, wie aus einem Interview des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung mit dem VdK Deutschland — wiedergegeben in der Zeitschrift „Die Fackel“ — hervorgeht, für 1975 einzurichtenden zusätzlichen 120 Stellen

für die Beratung und Vermittlung von Behinderten bei der Bundesanstalt für Arbeit bereits besetzt worden und wenn ja, welche Beratungs- und Vermittlungsstellen für Behinderte sind personell verstärkt worden?

45. Abgeordneter
Maucher
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung auch darüber Auskunft geben, welche weiteren Maßnahmen von seiten der Bundesanstalt für Arbeit getroffen worden sind, um den dringend notwendigen Ausbau der eingangs erwähnten Stellen vorzunehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

46. Abgeordneter
Pfeifer
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß die Zusammensetzung der Gremien an den Bundeswehrhochschulen dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 29. Mai 1973 entspricht?
47. Abgeordneter
Pfeifer
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung aus den anlässlich der Verabschiedung des Hochschulrahmengesetzes gefaßten Beschlüssen des Bundestages zur Personalstruktur der Hochschulen Konsequenzen ziehen, und bis wann ist mit welchen Konsequenzen zu rechnen?
48. Abgeordneter
Dr. Stavenhagen
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Bundesminister Hans-Dietrich Genscher, Josef Ertl und Georg Leber zum Opernball nach Wien mit Bundeswehrflugzeugen geflogen wurden, und wer hat dies veranlaßt?
49. Abgeordneter
Würtz
(SPD)
- Hält es die Bundesregierung in Anbetracht des regionalen Lehrermangels für vertretbar, Junglehrer aus diesen Räumen zu Wehrübungen heranzuziehen?
50. Abgeordneter
Vahlberg
(SPD)
- Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, in wieviel Fällen Personen sich in Haft oder Arrest befinden, deren Anerkennungsverfahren als Wehrdienstverweigerer noch nicht abgeschlossen ist?
51. Abgeordneter
Vahlberg
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß angesichts der geplanten Reform des Anerkennungsverfahrens für Wehrdienstverweigerer eine so exemplarisch harte Anwendung der geltenden Vorschriften unterbleiben sollte?
52. Abgeordneter
Damm
(CDU/CSU)
- Wie stellt die Bundesregierung sicher, daß an den Hochschulen der Bundeswehr der Bedarf an Verbrauchsmitteln für den Lehr- und Verwaltungsbereich gemäß den Erfordernissen einer Hochschule, die sich im Aufbau befindet, gedeckt wird?

53. Abgeordneter
Damm
(CDU/CSU) Wie stellt die Bundesregierung sicher, daß die Bibliotheken der Hochschulen der Bundeswehr den notwendigen Bücherbedarf der Hochschul-lehrer und der Studenten decken können?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Jugend, Familie und Gesundheit**

54. Abgeordneter
Fiebig
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Publi-kation von Rappel und Waiblinger in der Deutschen Medizinischen Wochenschrift über die Kontamination von Muttermilch mit Rück-ständen chlorierter Kohlenwasserstoffe, wo-nach bei 137 Muttermilchproben die zulässigen Grenzwerte um das 4- bis 16-fache erhöht wa-ren, und welche weiteren Untersuchungen zur Überprüfung des Ausmaßes der Kontamina-tion sind eingeleitet worden?
55. Abgeordneter
Fiebig
(SPD) Welche Maßnahmen zur Verhütung dieser Kontamination sind vorgesehen, wie und in welchem Zeitraum wird deren Effizienz kon-trolliert?
56. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU) Welche Ursachen sind nach Auffassung der Bundesregierung dafür maßgeblich, daß jäh-rlich etwa 10 000 Neugeborene — dies ent-spricht ca. 12,5‰ — in der Bundesrepublik Deutschland von so schweren Schäden (kör-perlicher oder geistiger Behinderung) betroffen sind, daß sie ihr Leben lang auf fremde Hilfe angewiesen sind, und reicht nach Meinung der Bundesregierung der gegenwärtige Umfang der Hilfsmaßnahmen für diese Kinder und deren Eltern aus?
57. Abgeordneter
Löffler
(SPD) Billigt die Bundesregierung, daß ein privat-wirtschaftliches Unternehmen unter Berufung auf die wissenschaftliche Unterstützung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung in Zeitungen eine Raucher-Entwöhnungsthe-rapie zum Preis von 360 DM anbietet?
58. Abgeordneter
Löffler
(SPD) Wie will die Bundesregierung künftig verhin-dern, daß private Firmen vom Steuerzahler finanzierte wissenschaftliche Vorhaben als Werbemittel einsetzen, die dazu geeignet sind, den Verbraucher zu täuschen?
59. Abgeordneter
Wolfram
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die am 17. Februar 1975 im 1. Programm des Fern-sehens erfolgte Sendung „Chancengleichheit auch für Babys“, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den berechtigten kritischen Anmerkungen nachzugehen und für Abhilfe zu sorgen?

60. Abgeordneter
Dr. Arnold
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Befürchtung des deutschen Zollkriminalinstitutes in Köln, daß eine Heroin-Welle großen Ausmaßes im Frühjahr über die Bundesrepublik Deutschland hereinbreche, weil in der Türkei erstmals wieder eine Rohopium-Ernte eingebracht werde und es den türkischen Regierungsstellen nicht gelänge, die gesamte Ernte aufzukaufen, um sie ausschließlich für pharmazeutische Zwecke zu verwenden?
61. Abgeordneter
Reiser
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung noch eine weitere Notwendigkeit für die gesetzlich vorgeschriebene Pockenschutzimpfung, und wann ist gegebenenfalls damit zu rechnen, daß sie abgeschafft wird?
62. Abgeordneter
Krockert
(SPD)
- Welche rechtlichen und administrativen Maßnahmen hat die Bundesregierung getroffen, um der Aufforderung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen in Absatz 8 seiner „Entschließung betreffend die Lage in Südrhodesien“ vom 29. Mai 1968 (veröffentlicht im Bundesanzeiger vom 28. Juni 1968): der Sicherheitsrat „fordert alle Mitgliedstaaten der Vereinigten Nationen und der Sonderorganisationen auf, alle ihnen möglichen Maßnahmen zu treffen, um eine Betätigung ihrer Staatsangehörigen und in ihrem Hoheitsgebiet befindlichen Personen zur Förderung, Unterstützung oder Begünstigung der Auswanderung nach Südrhodesien zu verhindern und dadurch dieser Auswanderung Einhalt zu gebieten“, Geltung zu verschaffen?
63. Abgeordnete
Frau von Bothmer
(SPD)
- Wie verträgt es sich mit den Sanktionsvorschriften, daß in bundesdeutschen Zeitungen für die Auswanderung nach Rhodesien geworben werden kann, wie durch die Deutsch-Rhodesische Gesellschaft z. B. im Stuttgarter Wochenblatt, im Wochenblatt Reutlingen/Tübingen, in der Cannstatter Zeitung und im Reutlinger General-Anzeiger geschehen, und daß Vertreter dieser Gesellschaft sogar — nach Angaben im Reutlinger General-Anzeiger vom 13. Dezember 1974 — „Gespräche mit Vertretern deutscher Firmen“ in Rhodesien führen konnten?
64. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Kumulierung von Pestiziden vom Typ chlorierter Kohlenwasserstoffe auf Grund ihrer Persistenz auch bei kontinuierlicher Zufuhr geringer gesetzlich tolerierter Rückstände zu bedenklichen Anstiegen im tierischen und menschlichen Organismus führt, und wie wirkt sich dies auf den Organismus aus?
65. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP)
- Wie gefährlich ist insbesondere das Vorhandensein der Chemikalie PCB in der Humanmilch?

66. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD) Trifft es zu, daß Eltern von behinderten Kindern ihre bislang bezogene finanzielle Hilfe in besonderer Lebenslage nach §§ 28 und 81 des Bundessozialhilfegesetzes verlieren, wenn das Einkommen durch Lohn- oder Gehaltssteigerungen eine bestimmte Grenze überschreitet?
67. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD) Welche Maßnahmen hält die Bundesregierung für angebracht, um Härten zu vermeiden, die durch den Verlust der Hilfe zur Pflege behinderter Kinder entstehen?
68. Abgeordneter
Egert
(SPD) Wann wird die Bundesregierung die Ermächtigung aus der Gesamtreform des Lebensmittelrechts in Anspruch nehmen und durch Verordnung vorschreiben, daß auf Zigarettenpackungen und in der Zigarettenwerbung deutlich lesbar eine Warnung vor der Gesundheitsschädlichkeit des Rauchens aufgedruckt wird, um so der Möglichkeit der Irreführung der Verbraucher durch Hinweise auf Leichtigkeit und „Nikotinfreiheit“ entgegenzuwirken?
69. Abgeordneter
Dr. Fuchs
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, einen umfassenden Bericht über die Arbeit des deutsch-französischen Jugendwerks dem Deutschen Bundestag vorzulegen?
70. Abgeordnete
Frau
Dr. Riede
(Oeffingen)
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Träger der Hauspflege-/Familienpflegestationen dadurch in besondere Schwierigkeiten geraten sind, daß ein Teil der seit 1. Januar 1974 unter § 185 b RVO fallenden Haushaltshilfe vorher von den Trägern der Sozialhilfe unter grundsätzlicher Anerkennung eines auf der Selbstkostenbasis beruhenden Pflegesatz nach dem Bundessozialhilfegesetz bezahlt worden ist, und daß es die Träger der Sozialhilfe nun unter Berufung auf den Nachrang der Sozialhilfe (§ 2 des Bundessozialhilfegesetzes) ablehnen, unzureichende Pflichtleistungen der vorrangigen Krankenversicherung aufzustocken?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr
und für das Post- und Fernmeldewesen**

71. Abgeordneter
Kiechle
(CDU/CSU) Welche Investitionen und in welcher Höhe hat die Deutsche Bundesbahn in den Regionen Bayerns in den Jahren 1972, 1973 und 1974 vorgenommen?
72. Abgeordneter
Schmidt
(Niederselters)
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung, Betriebserlaubnisse für Flugzeuge der Typen B 707 und DC 8 in Frachtversion zu geben (Annex 16 der ICAO-Richtlinien)?

73. Abgeordneter
Dr. Kempfler
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung, die von der Deutschen Bundesbahn in Ostbayern geplanten Streckenstillegungen zu genehmigen, bevor ein den Verkehrsbedürfnissen entsprechender Ausbau des Straßennetzes erfolgt ist?
74. Abgeordneter
Dr. Kempfler
(CDU/CSU) Ist sich die Bundesregierung darüber im klaren, daß ohne einen solchen Ausbau die ohnehin schon schwierige wirtschaftliche Lage Ostbayerns durch die Streckenstillegungen noch wesentlich verschlechtert würde?
75. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen
(SPD) Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um Regelungen für Überlaufsicherungen auf Tankschiffen zu gewährleisten, und können weitere Sicherungen verpflichtend eingeführt werden?
76. Abgeordneter
Kiechle
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung, in absehbarer Zeit in Bayern Buslinien der Deutschen Bundespost oder der Deutschen Bundesbahn zu privatisieren, und welche Konsequenzen hätte dies gegebenenfalls für die betroffenen Angestellten und Beamten?
77. Abgeordneter
Jaunich
(SPD) Wieviel Auszubildende stehen derzeit bei der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost unter Ausbildungsvertrag?
78. Abgeordneter
Jaunich
(SPD) Wieviel Auszubildende werden es in diesem Jahr zu Beginn des neuen Ausbildungsabschnittes sein, und reicht die Anzahl der unter Ausbildungsvertrag stehenden aus, um den zu erwartenden Bedarf an Fachkräften bei der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost abzusichern?
79. Abgeordneter
Hoffie
(FDP) Ist die Bundesregierung bereit, bei der Deutschen Bundesbahn darauf hinzuwirken, daß nicht nur der Transport von Rollstühlen der durch Krieg oder Unfall schwerbeschädigten Fahrgäste, sondern auch der durch Geburt oder Krankheit Schwerbeschädigten kostenlos erfolgt?
80. Abgeordneter
Hoffie
(FDP) Sind der Bundesregierung die Gründe bekannt, die die Deutsche Bundesbahn veranlaßt haben, den am 31. Januar 1975 in Kraft getretenen Reisegepäckstückguttarif hinsichtlich der Rollstuhlbeförderung entsprechend zu modifizieren?
81. Abgeordneter
Sick
(CDU/CSU) Trifft die Meldung in der „Dithmarscher Landeszeitung“ zu, daß mit dem Bau des Kanaltunnels bei Brunsbüttel im Jahr 1976 begonnen wird?
82. Abgeordneter
Sick
(CDU/CSU) Trifft weiterhin die Meldung zu, daß die Finanzierung dieses Vorhabens in vollem Umfange gesichert ist?

83. Abgeordneter
Sauter
(Epfendorf)
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, die Mittel für den Ausbau der Bundesautobahn Stuttgart—Bodensee zu strecken und andere Bauprojekte vorzuziehen, und welches ist nach der Planung der Bundesregierung der endgültige Fertigstellungstermin?
84. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU)
- Warum hat die Bundesregierung auf meine Frage (Drucksache 7/3227, Frage B. Nr. 74) eine Antwort gegeben, zu der ich gar keine Frage gestellt hatte, und welche Antwort gibt die Bundesregierung auf die von mir gestellte Frage, die sich ausdrücklich auf die Verwendung von Kennzeichen außerhalb des Kraftfahrwesens bezog?
85. Abgeordneter
Dr. Wernitz
(SPD)
- Ist nach Auffassung der Bundesregierung auf die Dauer bei Fortführung zahlreicher verkehrsschwacher Nebenstrecken aus struktur- und raumordnungspolitischen Gründen vertretbar, die entstehende finanzielle Ausgleichspflicht zugunsten der Deutschen Bundesbahn allein dem Bund aufzuerlegen, nachdem die Deutsche Bundesbahn bei der betriebswirtschaftlichen Untersuchung verkehrsschwacher Nebenstrecken davon ausgeht, daß „unternehmensfremde Momente“ als „Wünsche“ Dritter, z. B. der Kommunen, der Länder oder des Bundes von der Deutschen Bundesbahn nur insofern honoriert werden können, wenn der Veranlasser die vollen Kosten erstattet (Deutsche Bundesbahn „Wir“ 1/75)?
86. Abgeordneter
Dr. Wernitz
(SPD)
- Ist nach Auffassung der Bundesregierung nicht bei Anwendung des „Veranlasserprinzips“ eine Überprüfung bestehender gesetzlicher Bestimmungen mit dem Ziel einer angemessenen Beteiligung durch die Länder, etwa im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, konkret geboten, wenn z. B. die bayerische Staatsregierung von der Bundesregierung fordert, die Konzentrationsbestrebungen der Deutschen Bundesbahn in einer verkehrs- und strukturpolitischen Gesamtkonzeption mit den Erfordernissen der betroffenen Räume so abzustimmen, daß unter Berücksichtigung der Belange strukturschwacher ländlicher Gebiete gesamtpolitisch eine optimale Lösung gefunden wird?
87. Abgeordneter
Dr. Aigner
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung bei den Behörden der DDR interveniert, um sicherzustellen, daß die Beschlagnahmen des Buches von Harry Valerim im Postverkehr mit der DDR unterbleiben?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

88. Abgeordnete
Hansen
(SPD) Billigt die Bundesregierung die Praxis verschiedener Bundesländer, von jedem Bewerber für den öffentlichen Dienst als Teil der Bewerbungsunterlagen einen Nachweis über die Wohn- und Aufenthaltsorte der letzten zehn Jahre anzufordern, und hat sie die Absicht, durch eine Novellierung der entsprechenden Beamtenrechtsrahmenvorschriften eine solche Praxis künftig zu verhindern?
89. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen
(SPD) In welchem Umfang kann die Bundesregierung Anregungen aus der Denkschrift zur Lage der Brandschutzforschung aufnehmen und verwirklichen?
90. Abgeordnete
Frau Däubler-Gmelin
(SPD) Findet die Tatsache, daß seit Beginn der Anwendung des Ministerpräsidentenbeschlusses laut Süddeutscher Zeitung vom 27. Januar 1975 allein im Land Baden-Württemberg ca. 48 000 Angehörige und Bewerber des öffentlichen Dienstes auf ihre Verfassungsmäßigkeit überprüft wurden, nach Größenordnung und Zwecksetzung ihre Entsprechung in der Praxis der Bundesverwaltung für ihren Zuständigkeitsbereich?
91. Abgeordnete
Frau Däubler-Gmelin
(SPD) Wie lauten die entsprechenden Zahlen in den anderen Bundesländern?
92. Abgeordneter
Dr. Gölter
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung in den Gesprächen mit der Republik Frankreich über eine gemeinsame Planung von Kernkraftwerken im Oberrheingraben Fortschritte erzielt?
93. Abgeordneter
Franke
(Osnabrück)
(CDU/CSU) Wann glaubt die Bundesregierung, wie im Umweltprogramm 1971 angekündigt, daß sich die Maßnahmen zur Reinigung von Abwässern von Haushalten und der Industrie realisieren werden?
94. Abgeordneter
Franke
(Osnabrück)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, als Nebeneffekt zur Auslastung der Auftragskapazität im wasserwirtschaftlichen Tiefbau zusätzliche Mittel für die Realisierung des Umweltprogramms 1971 bereitzustellen?
95. Abgeordneter
Reddemann
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die von der SPD-Zeitung „Vorwärts“ geäußerte Ansicht, die Bundesrepublik Deutschland sei durch das Grundgesetz und durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts über die Beibehaltung einer gemeinsamen deutschen Staatsbürgerschaft in ein „Dilemma“ geraten, das die Bundesrepublik Deutschland in eine Isolierung führen könne?

96. Abgeordneter
Ziegler
(CDU/CSU)
- Bedeutet die Feststellung des Bundesinnenministers „Wir brauchen Bereiche des Staates, die streikfrei sein müssen. Denken Sie nur einmal daran, Polizei, Bundeswehr oder öffentlicher Gesundheitsdienst würden streiken“, daß auch ein Streik nichtbeamteter Arbeitnehmer in diesen lebenswichtigen öffentlichen Bereichen rechtswidrig ist, oder welche anderen rechtlichen und politischen Konsequenzen ergeben sich daraus?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

97. Abgeordneter
Flämig
(SPD)
- Wann ist damit zu rechnen, daß die Berufsausbildung in der hessischen Justizverwaltung vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft als Lehrberuf mit vollgültigem Abschluß anerkannt wird, eine Forderung, die seit Jahren von der hessischen Justiz erhoben und vom Bundesjustizminister unterstützt wird?
98. Abgeordneter
Dr. Penner
(SPD)
- Regeln nach Auffassung der Bundesregierung die Vorschriften des Vereinsrechts die Rechtsverhältnisse von Lizenzspielerklubs in befriedigender Weise?
99. Abgeordneter
Dr. Penner
(SPD)
- Hält die Bundesregierung alle für die durchweg ehrenamtlichen Vorstände solcher Vereine geltenden Vorschriften noch für zeitgemäß?
100. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU)
- Trifft es nach Aussage von amnesty international zu, daß es auch in der Bundesrepublik Deutschland politische Häftlinge gibt, und wie beurteilt die Bundesregierung diese Äußerung und ihr Verhältnis zu amnesty international?
101. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussage von amnesty international, daß amnesty international angeblich keine Hinweise oder Beweise habe, daß politische Häftlinge in der DDR grausam gefoltert würden?
102. Abgeordneter
Dr. Schneider
(CDU/CSU)
- Bis wann und in welcher Form beabsichtigt die Bundesregierung, den von ihr erarbeiteten Mustermietvertrag allgemein einzuführen?
103. Abgeordneter
Dr. Jens
(SPD)
- Wird die Bundesregierung Maßnahmen einleiten, um die notwendige Verbraucherberatung und -aufklärung durch Beratungsstellen, Rundfunk, Fernsehen und Presse vor Beschränkungen auf Grund des Gesetzes zur Verhütung von Mißbräuchen auf dem Gebiet der Rechtsberatung zu schützen?
104. Abgeordnete
Frau Grützmann
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung das Vorgehen der Anwaltskammer Berlin gegen die Sendung Verbraucherstudio des Rias Berlin unter Hinweis auf das Gesetz zur Verhütung von Mißbräuchen auf dem Gebiet der Rechtsberatung, und ist sie bereit, daraus gesetzgeberische Konsequenzen zu ziehen?

105. Abgeordnete
Frau
Grützmann
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung in dem Rechtsberatungsmissbrauchsgesetz eine Behinderung für die von ihr gewünschte notwendige Verbraucherberatung, und wird sie bejahendenfalls für eine Beseitigung sorgen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau**

106. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung das Schreiben des Personalrates im Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (BMBau) an alle Angehörigen des BMBau vom 13. Februar 1975, wonach die letzte Personalversammlung dem Personalrat gezeigt hat, „welche Unruhe und Unsicherheit die bislang durchgesickerten Informationen und Halbwahrheiten über die beabsichtigte Umorganisation mit sich gebracht haben“?
107. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung bei der beabsichtigten Auflösung der Abteilung Raumordnung und deren Unterordnung unter die Abteilung Städtebau dem Interesse des Personalrates an einer vollständigen Offenlegung der konkreten organisatorischen und personellen Überlegungen Rechnung tragen?
108. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU)
- Welche Erfahrungen liegen der Bundesregierung mit der Erhebung der Ausgleichsbeträge nach dem Städtebauförderungsgesetz zum gegenwärtigen Zeitpunkt vor?
109. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU)
- Ist es zutreffend, daß in der Bundesrepublik Deutschland bisher noch kein Fall bekannt geworden ist, in dem eine Gemeinde einen Heranziehungsbescheid nach § 41 Abs. 4 des Städtebauförderungsgesetzes erlassen hat, und kann die Bundesregierung bestätigen, daß die Gemeinden (insbesondere Berlin), die in der Praxis mit § 41 des Städtebauförderungsgesetzes verbundenen Schwierigkeiten dadurch zu lösen versuchen, daß sie mit den Grundeigentümern Vereinbarungen über die zu zahlenden Ausgleichsbeträge treffen?
110. Abgeordneter
Sauter
(Epfendorf)
(CDU/CSU)
- Werden von den Bundesministerien alle Mitglieder des Bundestages gleichzeitig über Zuschüsse, Investitionen und Baumaßnahmen von Bundesministerien und Bundesbehörden in den jeweiligen Wahlkreisen informiert?
111. Abgeordneter
Dr. Schneider
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, in die Maßnahmen des Konjunkturförderungsprogramms (Investitionszulagen- bzw. Investitionszuschußgesetz) auch den Bau von sozialen Einrichtungen wie Kindergärten, Altagestagesstätten, Pflegeheime für Kranke und

- Behinderte, Schulen, Freizeit-, Sport-, Berufsförderungs- und Begegnungsstätten sowie Pfarrzentren durch solche Bauherren einzubeziehen, die nicht unter das Investitionszulagengesetz fallen?
112. Abgeordneter
Sauer
(Salzgitter)
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die bisherige Tätigkeit der bestehenden kommunalen Wohnungsvermittlungsstellen, die nach Mitteilung des Infratest-Instituts nur jedem 14. Sozialmieter bei der Vermittlung von Wohnraum behilflich gewesen sind?
113. Abgeordneter
Sauer
(Salzgitter)
(CDU/CSU) Wieviel Sozialwohnungen sind nach Auffassung der Bundesregierung zu Beginn des Jahres 1975 fehlbelegt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

114. Abgeordneter
Dr. Evers
(CDU/CSU) Welche Schritte hat die Bundesregierung unternommen, um die Umstände aufzuklären, unter denen am 28. Oktober 1974 Rolf Althoff auf dem Berliner Autobahnring in der Nähe von Fichtenwalde tödlich verunglückt ist, um gemäß meinem Schreiben vom 5. November 1974 an Staatssekretär Gaus die Witwe des Verstorbenen in die Lage zu versetzen, ihre versicherungsrechtlichen Ansprüche aus dem Todesfall geltend zu machen?
115. Abgeordneter
Dr. Evers
(CDU/CSU) Hält es die Bundesregierung für eine angemessene Betreuung eines Staatsbürgers, wenn Staatssekretär Gaus außer einer nichtssagenden Zwischennachricht vom 14. November 1974 drei Monate lang keinerlei sachdienliche Hinweise zur Verfügung stellen kann, die geeignet sind, die schwierige materielle und seelische Situation von Frau Althoff zu lindern?
116. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU) Hält es die Bundesregierung mit dem Grundlagenvertrag und dem von ihr immer wieder betonten besonderen Charakter der innerdeutschen Beziehungen für vereinbar, daß neuerdings in den Zählkarten, die Bürger der Bundesrepublik Deutschland bei einem Tagesbesuch in die DDR ausfüllen müssen, die Angabe Staatsangehörigkeit „deutsch“ durch „BRD“ überstempelt wird und wenn nicht, was gedenkt die Bundesregierung bei der DDR-Regierung zu unternehmen, um diese Verfälschung unserer Staatsangehörigkeitsbezeichnung zu unterbinden?
117. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung Informationen, welche Funktion das in der „DDR“ neu errichtete Amt für „Auslandsvermögen“ wahrnehmen soll?

118. Abgeordneter
Hösl
(CDU/CSU) Was hat die Bundesregierung unternommen, damit noch nicht 65 Jahre alte Rentner auf Grund der flexiblen Altersgrenze bei Einreisen in die „DDR“ vom Zwangsumtausch befreit werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

119. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD) Gedenkt die Bundesregierung, Maßnahmen zu rascher Soforthilfe für Guinea-Bissao und die Kapverdischen Inseln zu ergreifen, und in welchem Umfang soll das geschehen?
120. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD) Welche Haltung nimmt die Bundesregierung zur Frage der direkten Vergabe von Entwicklungshilfe an Homelands in Südafrika ein?
121. Abgeordneter
Kaffka
(SPD) Welche Haltung nimmt die Bundesregierung zur Frage des Einsatzes gemeinnütziger Consulting-Firmen bei Planung und Durchführung von Projekten im Rahmen der Entwicklungshilfe ein?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

122. Abgeordnete
Frau Pack
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung davon unterrichtet, daß das Bundespresseamt, die Bundeszentrale für politische Bildung und das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen die Filme „Aufstand der Tiere“, „1984“, „Die Revolution entläßt ihre Kinder“, diverse Filme über die Verhältnisse an der Berliner Mauer, die Grundrechte Nr. 1 bis 20 (Menschenrechte) aus dem Verleih gezogen haben?
123. Abgeordnete
Frau Pack
(CDU/CSU) Ersetzt das Bundespresseamt den bis 1973 den Landesfilmdiensten gewährten Sockelbetrag durch Vergütungen für die Vorführung von ihm gesponsorter Filme, um dadurch Einfluß auf die politische Bildung in den Schulen und anderen Bildungseinrichtungen zu nehmen?
124. Abgeordneter
Reddemann
(CDU/CSU) Wie hoch ist die Summe, die Bundesministerien oder andere Behörden der Bundesregierung seit dem 1. Oktober 1974 für Öffentlichkeitsarbeit ausgegeben haben?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

125. Abgeordneter
Dr. Wagner
(Trier)
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung bereits darüber beraten, welche Vorschläge und Anregungen sie dem belgischen Premierminister Tindemans, der von der Gipfelkonferenz im Dezember 1974 mit der Erstattung eines zusammenfassenden Berichts über den Aufbau der europäischen Union beauftragt wurde, unterbreiten wird?
126. Abgeordneter
Dr. Wagner
(Trier)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung gewillt, die Opposition rechtzeitig über ihre Konzeption zu unterrichten?
127. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU)
- Was hat die Bundesregierung unternommen, um im Ausland zu einer stärkeren Verbreitung des deutschen Fernsehsystems PAL beizutragen, und welche Länder haben derzeit entweder PAL oder SECAM-System?
128. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, eine deutsch-französische Zusammenarbeit im Bereich der Fernsehsysteme herbeizuführen?
129. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Was gedenkt die Bundesregierung dafür zu tun, daß Besuche in der Volksrepublik Rumänien nicht erheblich erschwert werden, indem auf Grund einer neuen Anordnung (Buletinul Oficial 154/9. Dezember 1974) nur noch die nächsten Blutsverwandten in Privatquartieren übernachten dürfen?
130. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß entgegen ihrer Auskunft vom 13. Dezember 1974 die ausiedlungswilligen Deutschen in Rumänien ihre Grundstücke und Häuser dem Staat dem Buchstaben der Verordnung nach gegen Entgelt, in der Praxis jedoch meist als Schenkung übereignen müssen, bevor die Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland angetreten werden kann?
131. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Braunschweig)
(CDU/CSU)
- In welchen Staaten in Europa und in welchen Schulsystemen mit welchem Umfang ist die deutsche Sprache Lehr- bzw. Wahlfach?
132. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Braunschweig)
(CDU/CSU)
- Treffen Pressemeldungen zu, daß besonders in Italien ein Rückgang des deutschen Sprachunterrichts im schulischen Bereich festzustellen ist und wenn ja, worauf wird dies zurückgeführt?

133. Abgeordneter
**Freiherr
von Fircks**
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die seit Monaten aufeinanderfolgenden Gesetze und Verordnungen der rumänischen Regierung — von der Verordnung über das Verbot der deutschen Ortsnamen, der Verordnung über das Verbot, persönliche Dokumente bei der Aussiedlung mitzunehmen, dem Verbot für Besucher aus dem Westen, in Privatquartieren zu wohnen bis zu der Erhöhung des Geldzwangsumtauschs für alle Besucher Rumäniens auf die im Ostblock einmalige Höhe von zehn Dollar täglich —, die nicht nur auf eine Erschwerung der Familienzusammenführung hinauslaufen sondern auch auf eine Diffamierung der sich zu ihrer deutschen Muttersprache bekennenden Volksdeutschen und der deutschstämmigen ausreisewilligen Personen in Rumänien?
134. Abgeordneter
**Freiherr
von Fircks**
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung sich in Verhandlungen mit der rumänischen Regierung um eine Rücknahme jener diffamierenden Verordnungen bzw. um eine entsprechende Erleichterung der Ausreisebedingungen speziell für die deutschstämmigen ausreisewilligen Menschen in Rumänien bemühen?
135. Abgeordneter
Dr. Mertes
(Gerolstein)
(CDU/CSU)
- Weshalb werden nicht alle deutschen diplomatischen Vertretungen mit den Wortprotokollen der Plenarsitzungen des Deutschen Bundestages, d. h. der gesetzgebenden Versammlung der Bundesrepublik Deutschland, beliefert?
136. Abgeordneter
Dr. Mertes
(Gerolstein)
(CDU/CSU)
- Sind alle diplomatischen Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland im Besitz eines authentischen Textes des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 über die Vereinbarkeit des innerdeutschen Grundvertrags mit dem Grundgesetz?
137. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU)
- Wie nimmt die Bundesregierung zu der Antwort von Staatsminister Moersch Stellung, die er auf meine Frage (Drucksache 7/3227, Frage B. Nr. 10) erteilt hat, und in der er einer Antwort dadurch ausweicht, daß er sich auf die reine Rechtsfrage der Aktivlegitimation zurückzieht, und die Frage nach der Verbindlichkeit seine früheren Andeutungen, die Bundesregierung werde sich politisch im Rahmen des Möglichen für ausreisewillige Deutsche ohne Verwandte im freien Teil Deutschlands einsetzen, unbeantwortet läßt?
138. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Welche diplomatischen Schritte (Noten, Demarchen usw.) hat die Bundesrepublik Deutschland offiziell als Völkerrechtssubjekt und Schutzmacht in der Tschechoslowakei unternommen, um die verfassungsmäßige Schutzpflicht gegenüber den 339 in der Tschechoslowakei zurückgehaltenen Kindern und den in Artikel 6 des Grundgesetzes verankerten

- Grundrechten ihrer in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Eltern — deutschen Staatsangehörigen — wirksam zu erfüllen, und welche völkerrechtskonformen Folgerungen wird die Bundesregierung aus der fortdauernden, den menschenrechtlichen Mindeststandard, den Pakt für bürgerliche und politische Rechte der UN und den Briefwechsel zum Prager Vertrag verletzenden Zurückhaltung der Kinder ziehen?
139. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Volksrepublik Polen in einer verbindlichen Form, die als Bestätigung einer völkerrechtlichen Willenserklärung anzusehen ist, während der Verhandlungen zum Warschauer Vertrag (vgl. Bulletin vom 8. Dezember 1970, S. 1819) — und dies auch im Zusammenhang mit der Erklärung ihrer Regierung vom 24. August 1953 und einer auf ganz Deutschland bezogenen Formulierung vom 1. Januar 1954 — auf alle weiteren deutschen Reparationsleistungen verzichtet hat, und wie ist dies mit den derzeitigen finanziellen Forderungen der Volksrepublik Polen an die Bundesrepublik Deutschland vereinbar?
140. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU)
- Was tut die Bundesregierung, um sicherzustellen, daß politisch und fachlich geeignete Lehrer deutschen Auslandsschulen zugeteilt werden, so daß deren Tätigkeit die Gewähr eines bestmöglichen Unterrichts und der Aufrechterhaltung guter Beziehungen zum Gastland dient?
141. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)
- Wie steht die Bundesregierung zur Frage der Erhaltung und Vertiefung der deutschen Sprachkenntnisse bei deutschstämmigen Jugendlichen im Ausland insbesondere in Südamerika, und welche Maßnahmen der Intensivierung ist die Bundesregierung bereit, in die Wege zu leiten (insbesondere, daß interessierte deutschstämmige Jugendliche nach Deutschland eingeladen werden), um diese wertvollen Stützpunkte der Beziehungen zu anderen Völkern zu stärken?
142. Abgeordneter
Dr. Fuchs
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den seit 1970 zu beobachtenden Rückgang des Deutschstudiums an den colleges in den USA?
143. Abgeordneter
Hösl
(CDU/CSU)
- Trifft die Meldung des „Tagesspiegel“ vom 13. Februar 1975 zu, Bundesminister Bahr habe erklärt, es könne nicht im Sinne des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin sein, seine volle Belastbarkeit zu erproben, und wie vereinbart die Bundesregierung — bejahendenfalls — diese Auffassung mit ihren ständigen Behauptungen, die Aufrechterhaltung und Entwicklung der Bindungen zwischen dem Bund und dem Land Berlin seien in dem Abkommen befriedigend und eindeutig geregelt?

144. Abgeordneter
Zoglmann
(CDU/CSU) Wie oft sind seit Beginn der laufenden Legislaturperiode die im Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit vom 22. Januar 1963 Artikel II.B.I.3 genannten gemischten Kommissionen zusammengetreten, wieviel Vorschläge haben sie den Ministern bei ihren dreimonatigen Zusammenkünften unterbreitet und erfüllen sie ihren Zweck, eine Gemeinschaftsarbeit vom Stadium der Ausarbeitung geeigneter Rüstungsvorhaben und der Vorbereitung der Finanzierungspläne an zu organisieren, in befriedigender Weise?
145. Abgeordneter
Zoglmann
(CDU/CSU) Wieviel diplomatische Proteste betreffend das Land Berlin hat die Sowjetunion und Ost-Berlin seit Abschluß des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin bei der Bundesregierung erhoben, und wieviel solcher Proteste bei den drei Westmächten sind der Bundesregierung bekanntgeworden?
146. Abgeordneter
Graf Stauffenberg
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, ob Personen, Personenkreise oder Organisationen aus der Bundesrepublik Deutschland sich bei der griechischen Regierung und/oder bei der deutschen Botschaft dafür eingesetzt haben, daß ein vor fast zwei Jahren an ein Konsortium Krupp/Siemens vergebener Großauftrag für Braunkohlenabbaugeräte über eine erneute Ausschreibung statt an Krupp/Siemens an den volkseigenen Maschinenexport der DDR gehe, und was hat die Bundesregierung unternommen, um die Wettbewerbschancen von Firmen aus der Bundesrepublik Deutschland in Griechenland zu sichern?
147. Abgeordneter
Friedrich
(SPD) Kann auch weiterhin davon ausgegangen werden, daß für die Bundesregierung die Regierung der Volksrepublik Polen die einzige legitime politische Regierung ist?
148. Abgeordneter
Friedrich
(SPD) Sieht die Bundesregierung in der Tatsache von Kontakten des Bundes der Vertriebenen, mit einer Gruppe, die sich als polnische Exilregierung von London bezeichnet, und in der angekündigten ständigen Zusammenarbeit des Bundes der Vertriebenen mit dieser Gruppe eine mögliche Erschwerung des polnisch-deutschen Aussöhnungsprozesses, und ist in diesem Zusammenhang die Bundesregierung bereit, die finanzielle Förderungswürdigkeit des Bundes der Vertriebenen unter dem Gesichtspunkt zu prüfen, daß dieser Verband entgegen den offiziellen internationalen Beziehungen und den völkerrechtlich verbindlichen Verträgen der Bundesrepublik Deutschland ständige Kontakte zu einer Exilregierung, die wir nicht anerkennen, unterhalten will?

B. Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordneter
Dr. Marx
(CDU/CSU)
- Trifft die Behauptung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 14. Januar 1975 zu, wonach ein Beamter des Bundeskanzleramtes gesagt haben soll, „Antworten der Regierung auf parlamentarische Anfragen der CDU/CSU-Opposition zur Deutschlandpolitik müßten immer so ausfallen — und darauf werde er achten —, daß sie nicht das Mißfallen der DDR erregen“?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

2. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU)
- Was hat die Bundesregierung — für den Fall, daß entsprechende Pressemeldungen zutreffen — unternommen, bzw. was wird sie unternehmen, um einem Deutschen in Kasachstan zu helfen, der wegen seiner Bemühungen um Familienzusammenführung sich am 24. Februar 1975 vor dem Strafrichter verantworten muß?
3. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU)
- Hat der Bundesminister des Auswärtigen bei seinem Besuch in Rom erreichen können, daß die italienische Regierung bei der Entscheidung zwischen den Farbfernsehsystemen PAL und SECAM die bisherige deutsche Zurückhaltung dadurch würdigt, daß sie die Entscheidung nach rein sachlich-technisch-wirtschaftlichen Kriterien trifft und die von dritter Seite ausgeübte politische Einflußnahme sowie von dritter Seite angebotene Koppelungsgeschäfte unberücksichtigt läßt?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

4. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß die Sicherheitsmaßnahmen zur Kontrolle des Plutoniums in der Bundesrepublik Deutschland ausreichend sind, und kann sie ausschließen, daß ein Mißbrauch vorkommen kann?

5. Abgeordnete
**Frau
Dr. Walz
(CDU/CSU)**
- Kann die Bundesregierung ihre in Drucksache 7/2887 dargelegte Meinung aufrecht erhalten, es gäbe keine „Spiegelreferate“, nachdem der Präsident des Bundesrechnungshofs und Bundesbeauftragte für die Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung, Schäfer, am 28./29. September 1974 im Handelsblatt, also nach der Einbringung der Kleinen Anfragen 7/2489 bis 7/2491 ausgeführt hat, es gäbe immer noch reine Beteiligungsreferate ohne originäre Zuständigkeiten?
6. Abgeordnete
**Frau
Dr. Walz
(CDU/CSU)**
- Welches Ressort ist es, für das der Bundesbeauftragte für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung drei Unterabteilungen und 76 Referate empfahl, das heute über zwölf Unterabteilungen verfügt und 101 Referate hat, und stimmt seine Behauptung, daß die Gründe für eine Ausweitung häufig nicht fach- sondern personenbedingt sind?
7. Abgeordneter
**Krockert
(SPD)**
- Da sich Bund und Länder auf eine Zentralkartei für Bewerber im öffentlichen Dienst geeinigt haben sollen, die wegen Verfassungsfeindlichkeit abgelehnt wurden, frage ich die Bundesregierung, wie wird verhindert, daß auf Grund einer Eintragung das möglicherweise übertriebene, verzerrte, auf überholten Tatsachen beruhende oder sonstwie fragwürdige Urteil einer ablehnenden Behörde künftig unbesehen von den anderen Beteiligten übernommen und damit absolut gesetzt wird oder die einer bestimmten Lebensphase zuzurechnende Orientierung eines Bewerbers, insbesondere eines jungen Menschen, zu einem existenzbestimmenden Urteil auf lange Zeit, wenn nicht auf Lebenszeit, führt?
8. Abgeordneter
**Krockert
(SPD)**
- Welche Umstände können dazu führen, daß ein Bewerber in den öffentlichen Dienst übernommen wird, obwohl er in der Kartei geführt wird oder geführt wurde und unter welchen Voraussetzungen kann er aus der Kartei wieder gestrichen werden?
9. Abgeordneter
**Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU)**
- Ist die Bundesregierung bereit, eine schriftliche Erklärung über die Minenfreiheit, auch des unwegsamen Geländes, in den von DDR-Minen überschwemmten Gebieten Lüchow-Dannenberg abzugeben oder eine entsprechende Entschädigung für den Nutzungsausfall zu leisten?
10. Abgeordneter
**Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)**
- Ist die Bundesregierung bereit, für ihre Versorgungsempfänger Ausweise einzuführen und damit die Voraussetzung zu schaffen, daß die Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes ähnlich den Rentnern besondere Vergünstigungen erlangen können, und dabei diese Ausweise so zu gestalten, daß sie als Legitimationspapier für die Befreiung des Zwangsumtausches beim Übertritt in die DDR gilt?

11. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU)
- Wann ist mit dem Erlaß der in § 43 in Verbindung mit § 42 des Bundesimmissionsschutzgesetzes vorgesehenen Verordnung zum Lärmschutz zu rechnen, damit bei Autobahn- und sonstigen Planungen die Betroffenen rechtzeitig über Entschädigungs- und Schutzmaßnahmen unterrichtet werden können?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

12. Abgeordneter
Dr. Lenz
(Bergstraße)
(CDU/CSU)
- Welche Auffassungen haben die Gewinner des Preisausschreibens „Mit 18 volljährig“ in der Diskussion mit dem Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesjustizminister über die Auswirkungen des neuen Volljährigkeitsalters vertreten?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

13. Abgeordneter
Pieroth
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, den deutschen Arbeitnehmern bei den US-amerikanischen Streitkräften in Nahbollenbach einen finanziellen Ausgleich für die soziale Härte zu verschaffen, die dadurch entstanden ist, daß ihnen durch die Kündigung zum 30. September 1975 statt zum 31. Oktober 1975 kein Weihnachtsgeld für 1975 gewährt wird?
14. Abgeordneter
von Schoeler
(FDP)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, falls die Vertreter der Stadt und die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat der Frankfurter Flughafen AG (FAG) auch bei einer endgültigen Entscheidung gegen Bund und Land die Durchführung des Projekts erzwingen wollen, nach dem auf einem von der FAG in Erbpacht vergebenen Teil des Flughafengeländes von einem privaten Bauherrn u. a. 50 000 qm Bürofläche gebaut werden sollen, obwohl in Frankfurt zur Zeit über 400 000 qm Bürofläche leerstehen?
15. Abgeordneter
von Schoeler
(FDP)
- Welche finanziellen Auswirkungen hätte es nach dem Inhalt der ins Auge gefaßten Vereinbarungen für die FAG, wenn der private Bauherr mit dem Projekt schwerwiegende Verluste erwirtschaftete oder insolvent würde, und wie beurteilt die Bundesregierung das für die FAG mit dem Projekt verbundene finanzielle Risiko?
16. Abgeordneter
Gierenstein
(CDU/CSU)
- Treffen Meldungen zu, auch eine deutsche Bank werde von den Arabern boykottiert, und was hat — bejahendenfalls — die Bundesregierung getan, um ihrer Schutzpflicht nachzukommen, bzw. um den Urhebern der Schwere ihres Übergriffs entsprechende Nachteile zuzufügen?

17. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, im Zusammenwirken mit der Bundesanstalt für Arbeit die Frage zu prüfen, ob der Neubau des Arbeitsamts München zur Verbesserung der Struktur des Münchener Nordens auf dem Gelände des sogenannten Alabama-Depots errichtet werden sollte?
18. Abgeordneter
Simpfendörfer
(SPD)
- Wurden oder werden die Aktivitäten der deutsch-rhodesischen Gesellschaft in Stuttgart allein oder in Zusammenarbeit mit anderen Zuwendungsempfängern aus Bundesmitteln gefördert, z. B. bei Kap. 15 02 Tit. 684 05, wo unter anderem Informationstagungen für Auswanderer bezuschußt werden können?
19. Abgeordneter
Simpfendörfer
(SPD)
- Hat die deutsch-rhodesische Gesellschaft in Stuttgart einen Antrag auf Anerkennung nach der Gemeinnützigkeitsverordnung gestellt und wenn ja, wie wurde er vom zuständigen Finanzamt beschieden?
20. Abgeordneter
Mursch
(Soltau-Harburg)
(CDU/CSU)
- Fällt bei der Gewährung von Finanzbeihilfen des Bundes an Gemeinden (Zuschüsse oder zinsgünstige Darlehn) unter die verlangte Voraussetzung der vollen Ausschöpfung der eigenen Finanzkraft der Gemeinde auch, daß die Getränkesteuer als eines der gemeindeeigenen Finanzierungsmittel erhoben wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

21. Abgeordneter
Dr. Evers
(CDU/CSU)
- Was gedenkt die Bundesregierung gegenüber den USA allein oder gemeinsam mit der EG zu unternehmen, wenn die USA ein neues schwerwiegendes technisches Handelshemmnis dadurch errichten, daß sie anlässlich der Metrifizierung die internationale ISO-Norm und die damit identische DIN-Norm für Verbindungselemente (Schrauben und Muttern) ändern werden?
22. Abgeordneter
Dr. Evers
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung diese Tatsache auch dem GATT unterbreiten, und gedenkt die Bundesregierung, auf das öffentliche Auftragswesen dahin gehend Einfluß zu nehmen, daß das weltweit eingeführte metrische ISO-System gestützt wird?
23. Abgeordneter
Gierenstein
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung eine Vorlage einbringen, die die von den Arabern boykottierten deutschen Firmen verpflichtet, die Bundesregierung unverzüglich davon zu unterrichten?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

24. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU)
- In welches Bestimmungsland wurde die Schiffs-
ladung Schweinefleisch aus China, die im
Hamburger Freihafen im August 1974 zwi-
schengelagert war — und die in der Antwort
auf meine Fragen Nr. 21 und 22 am 11./12. De-
zember 1974 angesprochen wird —, weiterge-
leitet, und wie hat die Bundesregierung sicher-
gestellt, daß dieses Fleisch, das nach Auffas-
sung der Bundesregierung nicht den tierseu-
chenrechtlichen und fleischbeschaurechtlichen
Vorschriften entspricht, nicht über Drittländer
(insbesondere EG-Länder) in die Bundesrepu-
blik Deutschland importiert wird?
25. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung die Tatsache mit
dem Grundsatz der Wettbewerbsgleichheit ver-
einbar, daß die Anwendung bestimmter Pflan-
zenschutzmittel, wie z. B. Methylbromid (Tera-
bol) und Quintozen (Brassicol) im Gemüsebau
in der Bundesrepublik Deutschland verboten
ist, die Bundesregierung mit der Zweiten Ver-
ordnung zur Änderung der „Höchstmengen-
verordnung Pflanzenschutz, pflanzliche Lebens-
mittel“, jedoch beabsichtigt, die zulässige
Höchstmenge an Brom von 30 ppm auf 50 ppm
und an Quintozen von 0,3 ppm auf 3,0 ppm
heraufzusetzen, um damit dem im Gemüsebau
in den Niederlanden zugelassenen Einsatz von
Methylbromid und Quintozen bei der Einfuhr
von niederländischem Gemüse Rechnung zu
tragen?
26. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß der deut-
sche Gartenbau und Blumenhandel sich durch
die sogenannten „fliegenden Holländer“ in der
Existenz bedroht fühlen, und in welcher Weise
wird an der Grenze der Bundesrepublik
Deutschland und im Inland für die Einhaltung
deutscher gesetzlicher Bestimmungen in bezug
auf Pflanzenschutz, Wettbewerbsrecht und
Steuerrecht Sorge getragen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Arbeit und Sozialordnung**

27. Abgeordneter
Meinike
(Oberhausen)
(SPD)
- Sieht sich die Bundesregierung schon jetzt in
der Lage, einen Zeitpunkt anzugeben, zu dem
die Ergebnisse der Beratungen der von der
Bundesregierung berufenen Arbeitsgesetzbuch-
kommission und die erbetene gutachtliche Stel-
lungnahme zum Fragenbereich „Aussperrung“
entsprechend der Mitteilung in der Frage-
stunde vom 16. Oktober 1974 vorliegen?

28. Abgeordneter
Leicht
(CDU/CSU) In welcher Größenordnung hat die Bundesanstalt für Arbeit den Bund seit dem 1. Januar 1975 mit Zuschüssen oder mit Darlehen in Anspruch genommen?
29. Abgeordneter
Büchner
(Speyer)
(SPD) Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß Unfallschutz und Arbeitssicherheit in ihrer Wirksamkeit nicht vom jeweiligen Stand der Konjunktur abhängen dürfen?
30. Abgeordneter
Büchner
(Speyer)
(SPD) Wie wirkt sich das vom Deutschen Bundestag bereits im November 1973 verabschiedete Gesetz über Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit (Drucksache 7/260) in der Praxis aus, und welche Anstrengungen haben die Bundesländer jeweils unternommen, um eine möglichst hohe Effektivität zu erreichen?
31. Abgeordneter
Dr. Wernitz
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, die Richtlinien für die Vergabe der Beschäftigungshilfen nach dem Programm „Stabilitätsgerechter Aufschwung“ entsprechend den Januarwerten 1975 zu korrigieren bzw. den Beschäftigungseinbrüchen z. B. in Bayern gegebenenfalls mit Hilfe anderer zusätzlicher Maßnahmen entgegenzuwirken?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

32. Abgeordneter
Dr. Gölter
(CDU/CSU) Treffen Äußerungen der Gewerkschaft ÖTV zu, nach denen die Bundesregierung beabsichtigt, im pfälzischen Raum in absehbarer Zeit in größerem Umfang Bundeswehrdepots zu schließen?
33. Abgeordneter
Dr. Gölter
(CDU/CSU) In welchem Umfang stehen im pfälzischen Raum Schließungen von Depots der Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika bevor?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

34. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) In welcher Weise hat sich der Bund an dem Bau des Jugendzentrums Baasem im Kreis Euskirchen finanziell beteiligt, und wann ist mit der Inbetriebnahme dieses Jugendzentrums zu rechnen?
35. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Zu welchen politischen Zwecken dient die Errichtung des Jugendzentrums Baasem im Kreis Euskirchen?

36. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen beim Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit, eine Verlagerung des Schwergewichts der öffentlichen Maßnahmen vom sozialen Wohnungsbau auf das Wohngeld könne die Wohnsituation vieler Kinder in der Bundesrepublik Deutschland verbessern, und welche zusätzlichen Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu ergreifen, um die Wohnsituation für Kinder und kinderreiche Familien zu verbessern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

37. Abgeordneter
Kiechle
(CDU/CSU)
- Welche Unternehmenverluste der Deutschen Bundesbahn entstanden in den Betriebsjahren 1972, 1973 und 1974 in den Regionen Bayerns, und welche Rationalisierungsmaßnahmen wurden in diesen Regionen in den angeführten Jahren durchgeführt?
38. Abgeordneter
Kiechle
(CDU/CSU)
- Welche weiteren Leistungseinschränkungen der Deutschen Bundesbahn sind in diesen Regionen für 1975 und 1976 vorgesehen?
39. Abgeordneter
Schmidt
(Niederselters)
(SPD)
- Wo liegen die Schwierigkeiten bzw. was sind die Gründe, daß die Umgehungsstraße Eltville, B 42 (A/B-Linie), nicht begonnen wird, obwohl der hessische Minister für Wirtschaft und Technik, Herr Karry, nach Abschluß des Planfeststellungsverfahrens zu dem Bau seine Zustimmung gegeben hat?
40. Abgeordneter
Meinike
(Oberhausen)
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, aus welchen Gründen der Personenkreis der Rentner, die Altersruhegeld nach § 1248 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung (vollendetes 60. Lebensjahr und mindestens zwölf Monate arbeitslos) beziehen, nicht in das verbilligte Sonderprogramm der Deutschen Bundesbahn einbezogen wurde, und ist es zutreffend, daß dieser Personenkreis irrtümlich vergessen wurde und demnächst ebenfalls in die Begünstigung einbezogen werden soll?
41. Abgeordneter
Dr. Schmitt-
Vockenhausen
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Verkehrssituation in den Hauptverkehrszeiten an dem nicht voll ausgebauten Kleeblatt zur Bundesstraße 8, Frankfurt/Main-Höchst — Main-Taunus-Einkaufszentrum, dadurch besonders erschwert wird, daß die Fahrzeuge aus Richtung Wiesbaden den Verkehr der Bundesstraße

- 8, Frankfurt-Höchst, kreuzen müssen, und welche Möglichkeiten gegebenenfalls über einen Ausbau des Kleeblatts sieht die Bundesregierung, um diese Situation zu verbessern?
42. Abgeordneter
Dr. Köhler
(Wolfsburg)
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß bedingt durch den schlechten baulichen Zustand der B 1 — Ortsdurchfahrt Süplingen — Maßnahmen zur Verbesserung der gemeindlichen Infrastruktur erschwert und auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben werden, und ist sie gegebenenfalls bereit, Angaben darüber zu machen, bis wann mit einem Ausbau der Ortsdurchfahrt zu rechnen ist?
43. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Braunschweig)
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, wann der Nord-Süd-Kanal fertiggestellt ist und wann mit kontinuierlicher Transportverbindung vom Mittellandkanal nach Hamburg zu rechnen ist?
44. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Braunschweig)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, zur Anbindung des Raums Braunschweig an den Nord-Süd-Verkehr beim Ausbau der Schnellbahntrasse Hannover—München eine Zuführungstrasse an diese Verbindung von Braunschweig nach Göttingen auszubauen?
45. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU)
- Billigt die Bundesregierung Kartenzeichnungen in Anzeigen der Deutschen Bundesbahn (erschienen in überregionalen Tageszeitungen am 14. Februar 1975), in denen West-Berlin nicht mit verzeichnet ist, sondern als Teil der DDR ausgewiesen wird, und wenn nicht, was gedenkt die Bundesregierung zu tun, damit sich in Zukunft in Anzeigen der Deutschen Bundesbahn derartige Pannen nicht wiederholen?
46. Abgeordneter
Sick
(CDU/CSU)
- Wann soll mit dem Bau der erforderlichen Anschlußstraßen begonnen werden, nachdem in der Ortslage Jevenstedt (Schleswig-Holstein) im Zuge des Neubaues der Europastraße 3 Brückenbauwerke fertiggestellt worden sind?
47. Abgeordneter
Sick
(CDU/CSU)
- Wann ist mit der endgültigen Fertigstellung der Straßenbaumaßnahmen zu rechnen?
48. Abgeordneter
Immer
(SPD)
- Inwieweit und in welcher Frist ist die Bundesregierung bereit, bauliche Maßnahmen zu veranlassen, die geeignet sind, die Sicherheit der Anwohner an der besonders unfallgefährdeten Ortsdurchfahrt Kircheib im Zuge der Bundesstraße 8 zu gewährleisten?

49. Abgeordneter
Immer
(SPD)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die beim vorzusehenden Bau von Bürgersteigen im Zuge der Ortsdurchfahrt Kirchheim der B 8 normalerweise zu erhebenden Anliegerbeiträge auf ein erträgliches Minimum zu begrenzen?
50. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU)
- Trifft die Meldung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 17. Februar 1975 zu, daß die Deutsche Bundesbahn von Beschädigten, die von Geburt an oder durch Krankheit behindert sind, bei jeder Fahrt 15 DM für den Transport des Rollstuhls berechnet, und ist die Bundesregierung bereit, für diesen Personenkreis die gleichen Vergünstigungen einzuräumen wie für die Kriegs- und Unfallbeschädigten?
51. Abgeordneter
Dr. Zeitel
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, unverzüglich eine neue Wirtschaftlichkeits- und Nutzen-Kosten-Untersuchung für die geplante Neubaustrecke Mannheim—Stuttgart der Deutschen Bundesbahn unter den veränderten wirtschaftlichen Planungs- und Entwicklungserwartungen vorzulegen, in der auch die Problemkreise, welche Zugauslastung gegeben und zu erwarten ist, und welche Kosten-Nutzen zu berücksichtigen und zu bewerten und zu welchem Zinssatz sie abzudiskontieren sind, und welche relevanten Nebenbedingungen existieren, ausführlich behandelt werden, damit nicht nur auf Grund einer einseitig ausgerichteten Studie Entscheidungen über den Neubau der Eisenbahnstrecke gefällt werden?
52. Abgeordneter
Dr. Zeitel
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung eine entsprechende Fortschreibung der in der Drucksache 7/1045 aufgeführten Finanzierungskosten im Hinblick auf die erhebliche Planveränderung insbesondere im Raum Mannheim durchgeführt, und in welcher zeitlichen Folge sollen die Finanzierungsmittel für die Neubaustrecke bereitgestellt werden?
53. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)
- Für welche Nebenstrecken der Deutschen Bundesbahn im bayerischen Zonenrandgebiet hat die Bundesregierung die Überprüfung der Wirtschaftlichkeit mit dem Ziel der Stilllegung dieser Strecken angeordnet, und welche konkreten Vorstellungen für das bayerische Zonenrandgebiet verbindet die Bundesregierung mit der Aktion „Systemkonforme Netzkonzentration“ für diesen Raum?
54. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU)
- Ist es zutreffend, daß bei der Deutschen Bundesbahn über 700 überregionale Statistiken mit einem jährlichen Kostenaufwand von etwa 130 Millionen DM geführt werden, und könnten hier nicht durch Einschränkungen z. B. bei der Statistik über Fahrtenberichte der Zugführer erhebliche Kosten eingespart werden?

55. Abgeordneter
Dr. Wernitz
(SPD)
- Welches konkrete Ergebnis hat die Vorlage der Deutschen Bundesbahn an das Bundesverkehrsministerium zur Überprüfung der Konzeption der HSB-Versuchsanlage im Donauried erbracht, und wie ist der weitere Verfahrens- und Zeitplan bis zur Festlegung der neuen Konzeption für die Versuchsanlage?
56. Abgeordneter
Josten
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die geplante Linienführung der Bundesstraße 9 bei Bad Breisig auf die Ablehnung aller im Stadtrat Bad Breisig vertretenen Fraktionen und zahlreicher Bürger gestoßen ist, und wird sie daher dazu beitragen, daß ein Plan einer Straßenführung in Hanglage ausgearbeitet wird?
57. Abgeordneter
Josten
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Meinung vieler Bürger von Bad Breisig, daß auch in einer finanzkritischen Zeit die Planung der Umgehungsstraße nicht dazu führen darf, daß der Kurort von zwei Straßen durchschnitten wird, wodurch zwar die billigste Lösung erreicht würde, jedoch der Kurort unübersehbare Nachteile hinnehmen müßte?
58. Abgeordneter
**Dr. Freiherr
Spies von
Büllesheim**
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß Fernsehteilnehmer, die nach den Feststellungen der Deutschen Bundespost durch den Bau eines Hochhauses, durch die Aufschüttung einer Halde o. ä., also durch einen klar bestimmbar privaten Verursacher, vom Fernsehempfang abgeschnitten worden sind (Abschattungswirkung) nach der gegenwärtig bestehenden Rechtslage weder einen Anspruch gegen die Deutsche Bundespost noch einen solchen gegen den privaten Verursacher haben, die Betroffenen vielmehr die notwendige aufwendige Ersatzanlage — z. B. Gemeinschaftsantenne mit Verstärker auf entferntem Standort — auf eigene Kosten zu erstellen und zu unterhalten haben?
59. Abgeordneter
**Dr. Freiherr
Spies von
Büllesheim**
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen oder gesetzliche Regelung hat die Bundesregierung vorgesehen, um diese für die Betroffenen unerträgliche Sach- und Rechtslage zu ändern und ihnen die vor dem Eintreten der Abschattungswirkung gegebene gewesene Fernseh-Empfangsmöglichkeit wieder zu verschaffen?
60. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU)
- Treffen die Angaben der Deutschen Postgewerkschaft, Ortsverwaltung Meschede, in deren Resolution vom 17. Januar 1975 zu, wonach die Zahl der Ausbildungsplätze im Bereich der Fernmeldeämter auf Bundesebene von 4658 im Jahr 1974 auf etwa 2180 im Jahr 1975 gesenkt werden sollen?

61. Abgeordneter
Dr. Köhler
(Wolfsburg)
(CDU/CSU) Trägt sich die Bundesregierung mit der Absicht, die Oberpostdirektionen in Hannover und Braunschweig anzuweisen, die Neuordnung des Leitbereichs 318 Wolfsburg so vorzunehmen, daß die Samtgemeinde Velpke und neun weitere Gemeinden der Verwaltungseinheit Wolfsburg zugeordnet werden, und wird sie ihre Überlegungen über neue Zuständigkeiten davon abhängig machen, wie die politische Neuordnung des Verwaltungsraums ausfällt und gegebenenfalls ihre Entscheidung bis dahin aufschieben?
62. Abgeordneter
Hoffie
(FDP) Ist die Bundesregierung bereit, bei der Deutschen Bundespost darauf hinzuwirken, in den öffentlichen Fernsprecheinrichtungen mit Hilfe der Assanierung der Geräte Infektionsmöglichkeiten und -krankheiten stärker zu verhindern, als dies durch die bisherigen Reinigungsverfahren möglich ist?
63. Abgeordneter
Pfeifer
(CDU/CSU) Was hat das Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen zu der Anordnung veranlaßt, nach welcher die Ausbildungsstelle der Deutschen Bundespost in Reutlingen, die in den vergangenen Jahren oft mehr als 70 Ausbildungsplätze angeboten hat, im Jahr 1975 nur noch 16 Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen darf, und wie vereinbart die Bundesregierung diese Beschränkung des Ausbildungsplatzangebots mit ihren gegenwärtigen Anforderungen an die Wirtschaft, mehr Ausbildungsplätze im Bereich der Berufsbildung zur Verfügung zu stellen?
64. Abgeordneter
Pfeifer
(CDU/CSU) Wird das Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen entsprechend dem von der CDU/CSU im Bundestag eingebrachten Antrag betr. Dringlichkeitsprogramm zur Überwindung des Lehrstellenmangels und zur Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit — Drucksache 7/3196 — diese Anordnung widerrufen?
65. Abgeordneter
Dr. Dübber
(SPD) Hält es die Bundesregierung für angebracht, die Fernsehanschlüsse jener Haushalte in Berlin-Wilmersdorf zu verkabeln oder anderweitig wieder benutzbar zu machen, die durch den Neubau des Hochhauses der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte am Hohenzollerndamm in ihren Empfangsmöglichkeiten beeinträchtigt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

66. Abgeordneter
Sauer
(Salzgitter)
(CDU/CSU) Nachdem die Zahl der Bewilligungen im Sozialwohnungsbau von 1972 (182 000) bis 1973 (126 000) — also um rund 31 Prozent — gesunken ist, frage ich die Bundesregierung, ob

sie auf Grund des ihr vorliegenden Zahlenmaterials des Jahrs 1974 und des ihr sicherlich bekannten Neubaubedarfs beabsichtigt, das Förderungsvolumen für den sozialen Wohnungsbau zu erhöhen?

67. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß wegen des Vorbehalts des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, die im Rahmen des Städtebauförderungsgesetzes bereitgestellten Bundesmittel als Darlehen oder als Zuschüsse zu gewähren, viele Gemeinden aus Sorge um eine eventuelle Rückzahlung von den Bundesmitteln keinen Gebrauch machen, und wann wird die Bundesregierung die sichere Finanzplanung der Gemeinden durch die Behandlung der Bundesmittel als Zuschüsse ermöglichen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

68. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Wie hoch beläuft sich nach den Erkenntnissen der Bundesregierung gegenwärtig die Gesamtstärke der Betriebskampfgruppen in der DDR, und mit welchen Waffen sind diese Kampfgruppen ausgerüstet?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

69. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU)
- Welche Mengen an Plutonium werden in den nächsten 10 und 30 Jahren voraussichtlich anfallen, wo werden sie wiederaufgearbeitet, wie werden sie verwendet und gelagert?
70. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU)
- In welchem Umfang ist es möglich, bei der Prüfung von Forschungsmitteln für Projekte, die der Bund fördert, Kriterien, wie Effektivität, optimale technische Lösung und garantierte Sicherheit, zu berücksichtigen im Vergleich zu der bisherigen Praxis, die vorrangig nur reine Kostenaspekte in Betracht zieht?
71. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, in Anbetracht der Finanzierungsschwierigkeiten im Bereich der Forschung, dem Bundestag einen Prioritätenkatalog für unverzichtbare Forschungsprojekte und Forschungsinstitutionen vorzulegen, damit bei den Betroffenen ein Überblick über die Forschungsschwerpunkte des Bundes existiert?

72. Abgeordneter
Dr. Probst
(CDU/CSU) In welchem Umfang werden deutsche Firmen bei der Auftragsvergabe durch das Kernforschungszentrum CERN berücksichtigt, und wie hoch ist der Anteil der Aufträge an deutsche Firmen im Vergleich zu den Beiträgen der Bundesrepublik Deutschland an den Gesamtausgaben von CERN?
73. Abgeordneter
Dr. Probst
(CDU/CSU) Nach welchen Kriterien erfolgt die Ausschreibung von Projekten des Kernforschungszentrums CERN, und wie erfolgt die Angebotsauswahl, und trifft es insbesondere zu, daß nur sogenannte „billige Angebote“ berücksichtigt werden ohne Rücksicht auf technische, wirtschaftliche und technologische Aspekte?
74. Abgeordneter
Dr. Schulze-Vorberg
(CDU/CSU) Entsprechen Naßkühltürme bei der Errichtung von Kernkraftwerken noch dem neuesten Stand der Technik, oder gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung Entwicklungen, bei denen die Abwärme der Kraftwerke zum Beispiel für die Städtebeheizung genutzt werden kann?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

75. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen
(SPD) Ist es im Sinne der Bemühungen der Bundesregierung, die Arbeitslosigkeit der Jugend zu beseitigen, wenn einzelne Berufsgruppen ihren Mitgliedern unter Strafandrohung nur die Beschäftigung einer beschränkten Anzahl von Lehrlingen erlauben, auch wenn die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind?
76. Abgeordneter
Schmitz
(Baesweiler)
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung den Arbeitsmarkt der diesjährigen Absolventen der Studienrichtung „Landwirtschaft“ an den deutschen Universitäten und die künftigen Berufsaussichten der diesjährigen Studienanfänger?
77. Abgeordneter
Schmitz
(Baesweiler)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, zusammen mit den Bundesländern darauf hinzuwirken, daß das nach Ermittlungen des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft zweit teuerste Studium (33 600 DM p.a./Student) durch eine praxisorientierte Studienreform, wie z. B. die Einführung eines 1-jährigen Pflichtpraktikums und die Reduzierung der Examenqualifikationen auf wenige Schwerpunktfächer, qualitativ verbessert und durch eine derartige Reform verhindert wird, daß das Studium der Landwirtschaft als Ausweich- oder „Parkfach“ für Numerus-Clausus-Geschädigte in Anspruch genommen wird, und die Ausbildungskosten pro Student noch stärker steigen?

Bonn, den 21. Februar 1975